



MEDIENMITTEILUNG

Bern, 18. Juni 2019

Digitalisierung der Volksschule: Städte verstärken ihr Engagement

Die Städte verdoppeln in den nächsten fünf Jahren ihr finanzielles Engagement, um die Schulen für die Digitalisierung auszurüsten. Schweizweit dürften hunderte Millionen Franken investiert werden. Die Planung der neuen Infrastruktur verlangt von den Entscheidungsträgern in Städten und Gemeinden aber Antworten auf komplexe Fragen. Es braucht eine klare Vorstellung zur Pädagogik, zur längerfristigen Nutzung der Informatiksysteme in den Schulen und einen konsequenten Datenschutz. Die Städteinitiative Bildung hat deshalb ein Themenpapier zur «Digitalisierung in der Volksschule» veröffentlicht.

Wissenschaft, Wirtschaft und Politik fordern mit Blick auf die Digitalisierung eine Intensivierung der entsprechenden Inhalte im Schulunterricht. Eine Umfrage der Städteinitiative Bildung zeigt: Die Städte stellen sich dieser Herausforderung und erhöhen in den nächsten fünf Jahren ihre Investitionen markant. Während in den letzten fünf Jahren pro Schülerin oder Schüler durchschnittlich rund 600 Franken bereitgestellt worden sind, sind es in den nächsten fünf Jahren rund 1600 Franken. Landesweit werden für den digitalisierten Unterricht in den Städten mehr als 200 Millionen Franken bereitgestellt. Es wird damit auch ein Gebot der sprachregionalen Lehrpläne (Lehrplan 21) erfüllt.

Systemabhängigkeiten verhindern und Folgekosten vermeiden

Die Möglichkeiten zur Anwendung von Laptops, Tablets, Programmen und Apps sind vielfältig. Es lassen sich beispielsweise Roboter programmieren, Musikstücke komponieren, virtuelle Lernräume erstellen und natürlich mathematische Aufgaben lösen. Beim Aufbau der dazu notwendigen Geräte- und Programmsysteme bestehen aber spezifische Fragestellungen, die für Städte und Gemeinden nicht einfach zu lösen sind: Wie ermöglicht man eine einfache Nutzung der Programme Zuhause für die Hausaufgaben und in der Schule? Wie verhindert man Systemabhängigkeiten und unverhältnismässige Folgekosten für die Familien und die öffentliche Hand? Wie gewährleistet man den Datenschutz? Notwendig ist zudem eine Koordination zur Erstellung neuer Lehrmittel, damit auch diese auf die verschiedenen Systeme der Gemeinden passen.

Technik folgt Pädagogik

Die Städteinitiative Bildung hat ein Themenpapier erarbeitet, das als Praxisleitfaden diese Fragestellungen diskutiert. Es wurde am 18. Juni 2019 in Bern den Medien vorgestellt. Das Papier enthält auch überraschende Feststellungen. So begründet es beispielsweise, weshalb die Schulen keine «early adopters» sein können. Den Städten und Gemeinden kann bei der Digitalisierung keine Pionierrolle zukommen, wie dies teilweise gewünscht wird. «Wir müssen uns für den Leitsatz ‘Technik folgt Pädagogik’ entscheiden», erklärte Gemeinderätin Franziska Teuscher, Direktorin für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern. Eingesetzt werde im Unterricht nur, was sich bewährt habe und einem breiten Bedürfnis entspreche. Jürg Altwegg, Stadtrat Winterthurs und Präsident der Städteinitiative Bildung, verwies auf den hohen Erneuerungsbedarf, den die Digitalisierung des Unterrichts mit sich bringt. «Lehrmittel und Infrastruktur sind kurzen Finanzierungszyklen unterworfen». Nicht zuletzt deshalb brauchten die Städte Fachpersonal, das sowohl die IT-Branche, wie auch den Schulunterricht kenne. Anne-Françoise Loup, Stadträtin von Neuchâtel, erklärte das enge Zusammenspiel von Gemeinden

und Kantonen: «Gerade die Digitalisierung erfordert es, dass wir über die klassischen föderalen Grenzen hinausdenken und breit zusammenarbeiten.»

Das Themenpapier kann unter diesem Link heruntergeladen werden:

www.staedteinitiative-bildung.ch

Weitere Informationen:

Jürg Altwegg, Stadtrat, Vorsteher des Departements Schule und Sport der Stadt Winterthur, Präsident der Städteinitiative Bildung, Tel. 052 267 51 11 (19. Juni 2019, 14.30-15.00 Uhr).

Franziska Teuscher, Gemeinderätin, Direktorin für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern, Tel. 031 321 64 33.

Anne-Françoise Loup, Stadträtin, Schul-, Sozial- und Gesundheitsvorsteherin der Stadt Neuchâtel: Tel. 079 304 72 08.

Hintergrundinformationen zur Städteinitiative Bildung

In der Städteinitiative Bildung haben sich 25 Städte zusammengeschlossen, um den fachlichen Austausch zu Bildungsthemen zu pflegen. Die Arbeitsgruppe verfolgt als Sektion des Städteverbandes unter anderem das Ziel, die spezifischen Bedingungen für die Schule in urbanen Zentren zu identifizieren und anzugehen.